

1934 - 1945



Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 11 — 12

November — Dezember 1970

2 Schilling

Den Frieden erkämpfen...

Wieder nähert sich ein Jahr seinem Ende, ein Jahr, in dem es große politische Entscheidungen gegeben hat: In Österreich haben die Sozialisten zum ersten Mal die Verantwortung für die Regierung übernommen. Eine Fülle von Arbeit wartet daher auf uns alle in den nun folgenden siebziger Jahren. Wir sind dafür sehr gut gerüstet. Wir haben Programme für fast alle Aufgabengebiete des öffentlichen Lebens, die es unmittelbar zu verwirklichen gibt, und wir haben noch viel größere Aufgaben für die Zukunft. Dafür gibt uns das Parteiprogramm ausführliche Richtlinien.

Aber schon seit vielen Jahrzehnten haben wir erlebt, daß am Ausgang des Jahres viel mehr der Gewohnheit und der kommerzialisierten Sentimentalität Rechnung getragen wird als einer echten Rückschau in den Stunden der Besinnung. Die Straßen werden mit zusätzlichen Lichtgirlanden geschmückt, die Schaufenster füllen sich mit Waren aller Art — mehr überflüssigen als notwendigen —, und während in weiten Teilen unserer Erde primitivste Lebensverhältnisse und brutale Gewalt herrschen, wird uns hier von allen Ecken die Botschaft vom „Frieden den Menschen auf Erden“ in die Gehirne gehämmert, „die eines guten Willens sind“. Die Botschaft ist längst zur Phrase geworden und drückt sich die Wochen vorher und später nur in steigenden Umsätzen und erhöhten Profiten aus.

Oder sollte sich das schöne Wort vom Frieden gar nicht mehr an uns wenden? Wo sind denn jene Menschen geblieben, die „guten Willens“ sind? Darüber müßte noch viel mehr gesagt und geschrieben werden, und es genügt nicht, in der weihnachtlichen Zeit oder einer silvesterähnlichen Gefühlsduselei darüber sentimental zu meditieren.

Die Botschaft vom Frieden ist heutzutage viel mehr an alle Menschen gerichtet, weil es nicht nur in den guten, sondern auch in den besten von ihnen etwas Schlechtes gibt und etwas Gutes auch in den schlechtesten Menschen. Hoffnungen auf eine Welt, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen, können sich nicht erfüllen, wenn nicht alle Menschen davon überzeugt werden, daß sie selbst es sind, die darum kämpfen müssen. Darüber täuscht die beste Wohlstandsgesellschaft der Autos und Kühlschränke und die „modernste“ Badezimmerausstattung nicht hinweg.

Der wahre Frieden in der Welt wird nur dann gesichert sein, wenn es gelingt, den Sozialismus zu verwirklichen und die Gesellschaft umzugestalten. Die Mittel dazu kennen wir. Wir wissen auch, daß wir schon am Anfang dieser vollkommen neuen Phase der Menschheitsgeschichte stehen, und wir sind sicher, daß wir unser großes Ziel erreichen werden. Hunderte und Tausende unserer besten Genossinnen und Genossen haben für dieses Ziel Freiheit und Leben geopfert, nicht weil sie verträumte und utopische Schwärmer gewesen sind, sondern weil sie überzeugte und bestens geschulte „informierte“ Kämpfer für unsere großen Ziele waren. Frieden und Freiheit sind nicht Geschenke, die einem einfach in den Schoß fallen; sie müssen erkämpft werden. Aber nicht so wie es durch Jahrtausende hindurch gepredigt und anerzogen worden ist, wo vermeintliche Tapferkeit und Mordlust erst die wahre Mannestugend ausmachten. Die Bereitschaft zum Kämpfen für Frieden und Freiheit erfordert immer viel mehr Mut und Zivilcourage, als man es schlechthin wahrhaben will. Denn dieses Ringen ist ein Kampf ganz besonderer Art, von dem man einmal einer Jugend sagen wird: „Wenn Du zur Gewalt greifst, dann bist Du kein Held, sondern ein Feigling“...

Der Ausklang des Jahres ist zugleich Beginn eines neuen Zeitabschnittes. Er wird uns unseren Zielen einen entscheidenden Schritt näher bringen, wenn wir trotz aller Tagesfragen niemals unsere eigentliche Aufgabe vergessen, die wir uns gestellt haben:

den Sozialismus verwirklichen!

Trotz NDP-Niederlage – wachsam bleiben!

Zu den weitverbreiteten zeitgeschichtlichen Irrtümern gehört die Vorstellung, der Faschismus sei ein Produkt der Weltwirtschaftskrise, die 1929 vom New Yorker Börsenkrach ausgelöst wurde. Aber damals war der italienische Faschismus bereits seit sieben Jahren an der Macht. Auch in Deutschland sind die Anfänge des Nazismus gleich nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. Jene „Deutsche Arbeiterpartei“, aus der Hitler später die NSDAP formte, war Anfang der zwanziger Jahre die Keimzelle des deutschen Faschismus.

Die große Wirtschaftskrise hat freilich erst die Voraussetzungen für ein wesentliches Merkmal dieser faschistischen Bewegung geschaffen: die Massenbasis. Verzweifelte Arbeitslose, deklassierte Intellektuelle und ruinierte Kleinbürger wurden in den Krisenjahren anfällig für die Sozialdemagogie Hitlers, der es verstand, an die antikapitalistische Sehnsucht und zugleich an die spießerischen Ressentiments dieser Massen zu appellieren. Auch die finanzielle Unterstützung der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ durch Industrielle und Bankiers — (Thyssen schrieb später darüber ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Ich bezahlte Hitler“) — trug in den Krisenjahren wesentlich zum Aufstieg des Nazifaschismus bei.

Aber jene faschistischen Kader, die sich später „Alte Kämpfer“ nannten und bis 1945 auf ihre niedrigen Mitgliedsnummern der NSDAP stolz waren, begannen sich 1919 und Anfang der zwanziger Jahre zu formieren, als viele Demokraten, auch Funktionäre der Arbeiterbewegung, noch dazu neigten, Hitler zu bagatellisieren, ja über den komischen „Trommler“ zu witzeln, statt rechtzeitig den Anfängen zu wehren. An diese verhängnisvolle Unterschätzung zu erinnern ist heute notwendiger denn je. Vor allem sollten wir uns hüten, eine vorübergehende Niederlage der Neonazis mit dem Ende der Gefahr von rechts zu verwechseln.

Aus dem Studium der Frühgeschichte des Nazifaschismus ergeben sich Erkenntnisse, die auch in der Gegenwart Bedeutung haben: Neben dem pathologischen Judentum, der keine spätere Entgleisung war, sondern von Anfang an zum Wesen der Naziideologie gehörte, spielte die sogenannte Dolchstoßlegende eine wesentliche Rolle. Es gibt kaum eine Rede Hitlers, in der nicht diese Legende vorkommt und mit der für den „Führer“ typischen Hartnäckigkeit ständig wiederholt dem Zuhörer eingehämmert wird. Zeitgenössische Beobachter bestätigen, daß Hitler in den Bierkellern Münchens, später aber auch in den größten Versammlungssälen Deutschlands immer dann den stärksten Beifall erhielten, wenn er die Juden schmähte oder wenn er die Dolchstoßlegende erzählte. In beiden Fällen gelang es ihm, an niedrige In-

stinkte, an tiefsitzende Ressentiments zu appellieren. Er sprach aus, was wild gewordene Antisemiten und unbelehrbare Marschierer hören wollten.

Wenn es um die Dolchstoßlegende ging — und das ist für den weiteren Aufstieg der NSDAP von überragender Bedeutung —, gelang es Hitler, auch Nichtnazis anzusprechen und mitzureißen: Nationalkonservative Unternehmer, Gutsbesitzer, ehemalige Offiziere der kaiserlichen Armee, höhere Beamte, Kreise des Bürgertums, die sich von den plebejischen Manieren der „Juda verrecke!“ gröhrenden Naziherden abgestoßen fühlten, stimmten begeistert zu, wenn von der Dolchstoßlegende die Rede war.

Später, als die Wahrheit über Auschwitz und die anderen Vernichtungslager bekannt wurde, haben manche dieser bürgerlich-konservativen Mitläufer erklärt: „Wir hätten dem Hitler doch nie Gefolgschaft geleistet, wenn er nicht so überzeugend für Deutschlands Aufstieg nach dem Dolchstoß von 1918 gearbeitet hätte.“

Die alte Dolchstoßlegende

In komprimierter Form läßt sich die Dolchstoßlegende von damals etwa so wiedergeben:

● 1. Der deutsche Soldat wurde auf dem Schlachtfeld nicht besiegt.

● 2. Deutschland, das alle Schlachten gewann, hat den Krieg nur deshalb verloren, weil das Hinterland versagte, weil Juden, Marxisten, Gewerkschafter und Freimaurer einen „Dolchstoß gegen die heroisch kämpfende Front“ führten. Was im November 1918 geschah, war ein Verbrechen am deutschen Volk, ein Verrat am deutschen Soldaten, begangen von Fremdrassigen und Vaterlandsverrättern, die als Novemberverbrecher vor Gericht gestellt hätten werden sollen.

● 3. Da Deutschland auf den Schlachtfeldern nicht besiegt wurde, darf auch die Niederlage nicht zur Kenntnis genommen, das „Diktat von Versailles“ nicht akzeptiert werden. Es gilt, alles zurückzuerobern, was Deutschland vor 1918 besessen hat. Wer eine andere Außenpolitik betreibt, gilt als Verräter, als Erfüllungspolitik und Knecht der Siegermächte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte zunächst eine Dolchstoßlegende nicht entstehen. 1945 unterschied sich grundlegend von 1918. Die deutsche Wehrmacht wurde diesmal auf deutschem Boden von den alliierten Truppen so vernichtend geschlagen, daß selbst die Dummsten nicht bereit gewesen wären, das Märchen vom deutschen Landser zu glauben,

der auf den Schlachtfeldern nicht besiegt werden konnte.

Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands vor 1945 leugnen zu wollen, war angesichts der Realität von 1945 lächerlich. Hitlers feiger Selbstmord und die klägliche Rolle anderer Naziführer haben eine Wiederholung der Situation der zwanziger Jahre unmöglich gemacht.

Wer hätte auch in einer neuen Dolchstoßlegende die Rolle des Bösen spielen sollen, der den heldenhaften Frontsoldaten in den Rücken gefallen ist, wie das 1918 erzählt wurde? Etwa die in den Vernichtungslagern ermordeten Juden? Oder die Marxisten, Gewerkschafter und Freimaurer, die seit 1933 verfolgt und aus dem gesellschaftlichen Leben im Dritten Reich ausgeschaltet wurden? War doch in Deutschland das verwirklicht worden, was Hitler in „Mein Kampf“ als die Voraussetzung eines deutschen Sieges angeführt hatte: Die rücksichtslose Unterdrückung aller wirklichen und potentiellen Gegner des deutschen Imperialismus. Der Hinweis auf die Tätigkeit kleiner Widerstandsgruppen und der 1944 gescheiterte Versuch eines Teiles der Offizierskaste, Hitler zu beseitigen, nachdem der Krieg längst verloren war, reichten nicht aus, eine neue Dolchstoßlegende zu schaffen.

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik, nicht zu vergleichen mit der katastrophalen Wirtschaftslage der Weimarer Demokratie, erschwerte zusätzlich die Sammlung rechtsradikaler Kräfte. Daß diese dennoch vorhanden und aktiv sind, bewiesen die Schändungen jüdischer Friedhöfe, die Hakenkreuzschmierereien, das Erscheinen neonazistischer Publikationen und seit 1964 die Existenz der NPD, einer Nachfolgeorganisation der NSDAP, mit den der SA nachgebildeten Schlägerbanden. Gegenwärtig sind die Rechtsradikalen aller Richtungen damit beschäftigt, eine neue Dolchstoßlegende zu verbreiten.

Im Mittelpunkt der **neuen Dolchstoßlegende** steht die Persönlichkeit des Bundeskanzlers und Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt; gegen ihn wird eine zügellose Hetze entfaltet, die an die Mordkampagne erinnert, die in der Weimarer Republik von den Rechtsradikalen gegen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Walter Rathenau und andere betrieben wurde und die damals die psychologischen Voraussetzungen für die bis heute ungesühnt gebliebenen Fememorde schuf.

Da Brandt nicht jüdischer Herkunft ist, muß auf den Appell an antisemitische Ressentiments verzichtet werden. Es geht daher nicht gegen den Juden, sondern gegen den „Emigranten“ Willy Brandt. Es wird ihm als Verbrechen, als Landesverrat angelastet, daß er sich 1933 nicht von den Gestaposchergen verhaften ließ, sondern ins Ausland flüchtete. Vor allem wird ihm aber zum Vorwurf gemacht, daß er auch während des Zweiten Weltkrieges das andere, das bessere Deutschland in der Emigration verkörperte und eng verbunden war mit dem hel-

denhaften Freiheitskampf des norwegischen Volkes gegen die nazideutsche Fremdherrschaft.

Als „deutscher Mann“, so verkündeten die Rechtsradikalen aller Schattierungen, hätte Brandt die Pflicht gehabt, am „Schicksalskampf des deutschen Volkes“ teilzunehmen. Das heißt mit anderen Worten: Er hätte für den „Endsieg“ des Regimes der Konzentrationslager und Gaskammern kämpfen müssen bis zum bitteren Ende.

Bei einer Versammlung der „österreichischen“ NDP, die am 17. Juni 1970 in Wien stattfand und im Zusammenhang mit antifaschistischen Gegendemonstrationen von Innenminister Rösch aufgelöst wurde, sagte der Hauptredner, Dr. Norbert Burger, über den deutschen Bundeskanzler: „Brandt ist der Sohn einer Prostituierten. Aber seine Mutter war noch eine ehrenwerte Frau: Sie hat nur ihren Körper verkauft. Brandt verkauft Deutschland.“

Der Bombenwerfer Burger wiederholte nur, was in dieser aus Pornographie und Mordhetze gemischten Sprache in der Bundesrepublik fast täglich in Versammlungen der NPD, der Soldatenbünde und Vertriebenenverbände über Brandt gesagt wird.

Die Hamburger Wochenzeitschrift „Die Zeit“, die zu einer Verniedlichung der rechtsradikalen Gefahr neigt, veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 28. August 1970 eine knappe Übersicht über die Schreibweise der Vertriebenenpresse, die aus öffentlichen Mitteln subventioniert wird:

Schon lange vorher waren die Emotionen in den Zeitungen der Vertriebenen aufgestachelt worden. „Wir lassen uns nicht länger verraten“, hieß es in „Der Schlesier“, oder: „Egon Bahr hat alte Tabus gebrochen. Nach Unterzeichnung des Bahr-Papiers muß die deutsche Politik Strip-tease tanzen, entkleidet aller Rechte, entkleidet bis auf die Haut.“ Vom „glatten Betrugsversuch“ war die Rede, von der „Verschleuderung nationaler Werte“; davon, daß „manche Sozialdemokraten vielleicht in Wahrheit Kommunisten sind“; daß Staatssekretär Bahr ein „das deutsche Ehrgefühl verletzendes Machwerk“ aus Moskau mitgebracht habe, das „als Papier der Schande in die deutsche Geschichte eingehen wird“, ein „Kapitulationspapier“.

Über Willy Brandt wurde geschrieben: „Der Emigrant Brandt (heute Bundeskanzler)“ — „Es fällt einem schwer, das Wort ‚deutscher Bundeskanzler‘ für diesen Mann zu gebrauchen.“ Und in Verhöhnung des Vater-unser-Gebetes stand im „Schlesier“ sogar dies: „Aber die SPD glaubt weiter an Herbert Wehner, den gerissensten aller Intriganten und mächtigen Vater in Ewigkeit. Sie glaubt an Willy Brandt, hörigen Sohn und Bundeskanzler zur Rechten Heinemanns.“

Der Verunglimpfungen und persönlichen Beleidigungen gab es genug in der Vertriebenenpresse der letzten Wochen und Monate.

Es besteht kaum ein Unterschied, bestenfalls ein gradueller, zwischen diesen Äußerungen in der Vertriebenenpresse und der Schreibweise der berüchtigten, neonazistischen „National-Zeitung“, deren Einführung und Verbreitungsverbot für Österreich auf dem Parteitag 1970 der SPÖ einstimmig gefordert wurde. Die „National-Zeitung“ brachte (auch in ihrer ohne verantwortlichen Redakteur für Österreich erscheinenden Ausgabe) die Nachricht über die Vertragsunterzeichnung in Moskau in einem fetten Trauerrand auf der ersten Seite. Die Schlagzeile lautete:

● Der Todesstoß des „Norwegers“ Brandt gegen Deutschland.

Im Text ist vom „Pakt mit dem Teufel“ die Rede, den nur ein ehemaliger Emigrant, der im Krieg auf Deutsche geschossen habe, abschließen konnte. Unter dem Zwischentitel: „Verrat an Ost- und Mitteleuropa“ wird Brandt vorgeworfen, er, der Emigrant, habe nicht nur die Deutschen an den Bolschewismus verraten, sondern auch die Esten, Letten, Litauer usw. preisgegeben.

Was dieses Neonaziblatt schreibt, deckt sich weitgehend mit dem Kommentar des ehemaligen Kommunisten William S. Schlamm, der vor allem in den Zeitungen des mächtigen Springerkonzerns (die nicht nur von Rechtsradikalen gelesen werden) die Diffamierung Brandts und der Bonner Regierung systematisch betreibt. Aber auch andere Publizisten der über Massenauflagen verfügenden Springerzeitungen, die sich einer gemäßigten Sprache bedienen, bezichtigen Brandt, deutsche Interessen preisgegeben zu haben, wobei sie zwischen den Zeilen durchblicken lassen, daß eben ein ehemaliger Emigrant, der mit einer Norwegerin verheiratet ist und dessen Söhne zur „Neuen Linken“ gehören, nicht der geeignete Vertreter Deutschlands sein könne.

Nationalistische Urlaute aus Bayern

Aufschlußreich ist auch ein Blick in die Münchener Zeitung „Bayern-Kurier“, die als Sprachrohr des CSU-Vorsitzenden und ehemaligen Finanzministers Franz Josef Strauß gilt. Nachstehend ein Auszug aus einer Dokumentation über die Schreibweise, die im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ publiziert wurde:

„Hier und heute beginnt der Ausverkauf Deutschlands, und die FDP kann sagen, sie sei dabeigewesen.“ (11. Oktober 1969.)

„Egon Bahr nach Moskau schicken, heißt den Bock zum Gärtner machen. Ein Mann, der seit langem mit ostpolitischen Verdachtsmomenten belastet ist, sollte nicht in kritischer Mission verwendet werden.“ (31. Jänner 1970.)

„Die Gewaltverzichtsgespräche zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion sind ähnlich zu werten wie ein Angebot der Ebersberger Kreissparkasse an die Deutsche Bank, sich gegenseitig wirtschaftlich nicht zu vernichten.“ (Strauß am 7. Februar 1970.)

„Die Bundesrepublik kapituliert in Raten. Wir haben also das Vergnügen, die Kröten, die wir nach dem Zweiten Weltkrieg schlucken mußten, erneut, diesmal aber freiwillig schlucken zu dürfen.“ (14. März 1970.)

„Brandts Irrtum wird zur Tragik Deutschlands und kann zum Drama Europas werden. Es ist offensichtlich das Ergebnis einer Mischung von politischem Wunschenken und sowjetischer Irreführung, das heute unter dem Stichwort ‚Anerkennung der Realitäten‘ in der neuen Ostpolitik als moderner Realismus gefeiert wird.“ (23. Mai 1970.)

„Wenn Kurt Schumacher sähe, was seine Nachfolger in der Politik machen, würde er wie ein Ventilator im Grab rotieren.“ (Strauß am 30. Mai 1970.)

„Einen zweiten und in seinen Auswirkungen weit ge-

fährlicheren und nicht gutzumachenden Irrweg hat die gegenwärtige Bundesregierung eingeschlagen: den Weg in die Anerkennung des Unrechtsregimes im anderen Teil Deutschlands und den Weg der Unterwerfung unter die Forderungen der sowjetischen Machtpolitik.“ (Strauß, 4. Juli 1970.)

„Wenn das Kabinett Brandt in grober Fehleinschätzung der politischen Lage in Europa und der wahren Absichten der Sowjetunion Vereinbarungen zu treffen im Begriffe ist, die nicht wiedergutzumachenden Schaden an der Sache Deutschlands und an der Sache Europas anrichten würden, so kann nicht laut, nicht scharf und nicht entschlossen genug dagegen angegangen werden.“ (25. Juli 1970.)

„Der Vertrag mit der Bundesrepublik ist als Vorreiter der Büchsenöffner, mit dem die Pandorabüchse, die Büchse des Unheils, geöffnet werden soll... Ich unterstelle der Bundesregierung nicht, daß sie diesem Vertrag den gleichen Sinn gibt wie Moskau, aber was hat sie sich eigentlich dabei gedacht? Sie hat doch den Sinn nicht erkannt, den Moskau diesem Vertrag gibt, weil sie der Moskauer Politik eine optimistische Wertung für die Zukunft anhängt.“ (Strauß am 15. August 1970.)

Beobachter berichten, daß bei Versammlungen der NPD und bei Kundgebungen der Vertriebenenverbände gerufen wurde: „Verräter Brandt“, „Emigrantenschwein Brandt“ und im Sprechchor: „Fegt ihn weg, den roten Dreck!“ Offen wurde zum Mord an Willy Brandt aufgefordert.

Bei den Wahlen zum Hessischen Landtag hat die neonazistische NPD eine schwere Niederlage erlitten: sie verlor alle Mandate, und ihr Stimmenanteil sank von 7,9 Prozent auf 3,1 Prozent. Wie ist dieses Ereignis, das alle Antifaschisten mit Befriedigung und Freude erfüllt, einzuschätzen?

Die Niederlage der NPD in Hessen muß unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden.

1. Diese Niederlage ist das Ergebnis der vielen antifaschistischen Kampfaktionen, die unter aktiver Beteiligung der Jugend gegen die NPD organisiert wurden, um sie vor der Bevölkerung zu demaskieren. Die hessischen Antifaschisten haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt, indem sie den Anfängen wehrten. Dafür gebührt ihnen der Dank aller österreichischen Antifaschisten!
2. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß jene Unbelehrbaren, die sich in der NPD sammelten, zu einem beträchtlichen Teil zur konservativen CDU übergelaufen sind. Sie stärken nun den rechten, nationalistischen Flügel dieser Partei.

Daher bedeutet die erfreuliche Niederlage der NPD in Hessen nicht das Ende der rechtsradikalen Gefahr. Es gilt, in der Bundesrepublik ebenso wie bei uns in Österreich wachsam zu bleiben.

Für **1971**
die besten Wünsche



Forderungen zur OFG-Novelle

25 Jahre nach dem Ende des furchtbaren Weltkrieges und des Faschismus, 25 Jahre nach unserer Befreiung gibt es in der Opferfürsorge noch immer offene Wünsche. Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hat am 4. Juni 1970 unter Führung von Genossin Rosa Jochmann dem Sozialminister und Vizekanzler Häuser bei einer Vorsprache unsere offenen Forderungen überreicht.

Es waren das keine neuen Forderungen, die wir erhoben haben, sondern nur solche, die seit Jahren unerfüllt geblieben sind und die eine Härte für die Opfer beziehungsweise deren Hinterbliebene darstellen.

Sozialminister Häuser — selbst jahrelang im KZ Dachau inhaftiert — zeigte volles Verständnis für unsere Probleme und sagte eine Prüfung zu, inwieweit unsere offenen Fragen gelöst werden könnten.

Unsere offenen Forderungen

1. Anspruch auf die Einkommensentschädigung bei einer Minderung des Einkommens von 30 Prozent und nicht wie bisher von 50, wenn diese Schädigung durch mindestens 3½ Jahre bestanden hat.
2. Anspruch auf Entschädigung für Berufsschaden auch bei Abbruch einer Schulausbildung.
Außerdem soll die durch nachweisbare Verfolgungsmaßnahmen verhinderte Inangriffnahme einer solchen Ausbildung dem Abbruch gleichgesetzt werden.
3. Die Hinterbliebeneneigenschaft ist anzuerkennen, wenn das Opfer im Zeitpunkt des Todes eine Opferrente entsprechend einer Erwerbsverminderung von 50 Prozent bezogen hatte.
4. Der seit 1952 geltende Steuerfreibetrag von jährlich 4368.— Schilling soll auf 10.000 Schilling erhöht werden.
5. Bei männlichen Opfern, die das 60., bei weiblichen Opfern, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, sollen alle festgestellten Leiden bei der Bemessung der Opferrente berücksichtigt werden.
6. Bauern und Selbständige, die Inhaber einer Amtsbescheinigung sind, haben das Recht, wahlweise weiterhin die Leistungen der Gebietskrankenkassen in Anspruch zu nehmen.
7. Eltern nach Opfern wird die Haftentschädigung gewährt, wenn sie im Besitz eines Opferausweises sind. Eltern, Geschwister, Witwer (Lebensgefährten), haben Anspruch auf die Haftentschädigung ohne Rücksicht auf ihre soziale Lage.
8. Anspruch auf die Einkommensentschädigung auch für die Witwe (Lebensgefährtin), wenn der Tod des Opfers im Kampf um die Erhaltung der demokratischen Republik erfolgte.
9. Beim Zusammenfallen von Haftzeiten der Ehegatten sollte der überlebende Ehegatte eine Haftentschädigung von 1290 Schilling anstatt wie bisher 860 Schilling erhalten.
10. Beim Leben im Verborgenen soll die Entschädigung unter Weglassung der Bedingung „unter menschenunwürdigen Bedingungen“ gewährt werden.
11. Entschädigungsansprüche sind vererblich.

Schon im August 1970 wurde der Entwurf des Sozialministeriums zur 21. Opferfürsorgegesetz-Novelle den Verbänden zur Begutachtung zugeleitet.

Im Entwurf sind 12 Bestimmungen enthalten, von denen einige keinen materiellen Wert haben, sondern nur eine Anpassung an Bestimmungen des Kriegsopferversorgungsgesetzes oder textliche Berichtigungen sind.

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hat den Entwurf zu einer 21. OFG-Novelle gemeinsam behandelt und ihre Stellungnahme mit Abänderungsvorschlägen dem Sozialministerium übermittelt, die im einzelnen lauten:

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs begrüßt es, daß die Absicht besteht, dem Parlament eine Regierungsvorlage für eine 21. OFG-Novelle zur Beschlußfassung vorzulegen.

Wir können uns dabei mit Recht darauf beziehen, daß wir nur an den allerdringendsten Forderungen festhalten und wir daher erwarten, daß diese in der 21. OFG-Novelle erfüllt werden.

In diesem Sinne sind die Abänderungsvorschläge der Arbeitsgemeinschaft zu dem uns vorliegenden Gesetzentwurf zu verstehen.

Was nun den Inhalt der Novelle betrifft, stellt die Arbeitsgemeinschaft fest:

Bedauerlicherweise fehlt im Entwurf unsere Forderung, daß der Abbruch einer Schulausbildung dem Abbruch oder einer mindestens 3½-jährigen Unterbrechung des Studiums beziehungsweise einer Berufsausbildung gleichzusetzen ist. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf § 14 c des OFG, wo der Anspruch auf Entschädigung auch bei Abbruch oder Unterbrechung der Schulausbildung enthalten ist.

Weiters soll die Bestimmung, daß eine Entschädigung nur dann bei einem Leben im Verborgenen gewährt wird, wenn dieses „unter menschenunwürdigen Bedingungen“ erlitten wurde, nicht entfallen.

Die Arbeitsgemeinschaft vertritt den Standpunkt, daß ein Leben im Verborgenen in jedem Fall menschenunwürdig war, weil der Betroffene immer unter dem Druck der Gefahr gestanden ist, verhaftet zu werden.

Die beabsichtigte Entfernung der Bestimmungen im § 9 des OFG über die Begünstigungen auf dem Gebiet der Steuer- und Gebührenpflicht soll fallengelassen werden.

Hier sind wir der Auffassung, daß diese Bestimmungen weiterhin im OFG verankert bleiben.

Nach dem Entwurf wird bei einer zeitlich zusammenfallenden Haft von Ehegatten dem überlebenden Ehegatten eine Haftentschädigung von 1230 Schilling pro Haftmonat gewährt.

Wir wenden uns gegen die neuerliche Benachteiligung der Hinterbliebenen im vorliegenden Gesetzesentwurf, die wir darin sehen, daß die Betroffenen nicht 430 Schilling pro Haftmonat erhalten, sondern nur 370 Schilling.

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes, Wien 1, Salztorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr

Donnerstag: 8 bis 12 Uhr

Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr

Sonntag: 9 bis 12 Uhr

Gegen die übrigen neuen Bestimmungen und Abänderungen im Entwurf für eine 21. Opferfürsorgegesetz-Novelle werden keine Einwände erhoben.

Wir bedauern es aber, daß viele offene Forderungen, die wir bereits seit Jahren stellen und immer wieder dem Bundesministerium für soziale Verwaltung vorlegen, auch in dieser Novelle wieder unberücksichtigt bleiben.

Dies veranlaßt uns zu der Erklärung, daß wir zu den noch offenen Fragen im Opferfürsorgegesetz in ihrer Gesamtheit stehen und sie auch weiterhin vertreten werden.

*

Am 17. September 1970 wurden die Vertreter der Opferverbände bei einer neuerlichen Vorsprache von Sozialminister Häuser empfangen, wo sie Gelegenheit hatten, auch mündlich unsere Abänderungsvorschläge zum Entwurf der 21. OFG-Novelle vorzubringen. Sozialminister Häuser sagte eine Überprüfung der Wünsche der Verbände zu und auch die Erfüllung, soweit dies im Rahmen der vorhandenen Budgetmittel möglich ist.

Die 21. Opferfürsorgegesetz-Novelle

Am 11. November 1970 wurde die 21. Novelle zum Opferfürsorgegesetz einstimmig im Parlament beschlossen. Sie bringt wohl keine Lösung aller offenen Probleme, doch sind wir wieder um einen Schritt auf diesem Gebiet weitergekommen.

Die wesentlichsten Verbesserungen in der 21. Novelle:

1. Der Personenkreis, der Anspruch auf einen Opferausweis hat, wurde auf jene erweitert, die
 - a) im Gebiet der Republik Österreich durch mindestens 6 Monate im Verborgenen lebten,
 - b) durch mindestens 5 Monate den Judenstern tragen mußten.

Die Bestimmung, daß alle Personen, „die auf dem Gebiet der Republik Österreich“ im Verborgenen lebten, Anspruch auf den Opferausweis haben, besagt aber nicht, daß damit auch der Anspruch auf Entschädigung besteht.

In dieser Beziehung hat für sie der § 14 Abs. 2 lit c des OFG ebenfalls Geltung, wonach Entschädigung nur für das Leben im Verborgenen unter menschenunwürdigen Bedingungen zuerkannt wird.

Die in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Opferverbände stehen einhellig auf dem Standpunkt, daß ein Leben im Verborgenen in jedem Fall menschenunwürdig gewesen war, weil der Betroffene stets unter der Gefahr der Verhaftung lebte und diese unter Umständen auch den Tod bedeuten konnte. Unsere gemeinsam erhobene Forderung, aus dem § 14 Abs. 2 lit. c des OFG die Worte „unter menschenunwürdigen Bedingungen“ zu streichen, gehört noch zu den ungelösten Problemen.

2. Personen (Waisen), die Inhaber einer Amtsbescheinigung waren, deren Anspruchsberechtigung aber nach Vollendung des 24. Lebensjahres erloschen ist, können weiterhin Leistungen aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds (Aushilfen bei Notlage und zinsfreie Darlehen bei Gründung einer Existenz oder eines Haushaltes) erhalten.
3. Inhaber von Amtsbescheinigungen, die seinerzeit Leistungen auf Grund des Hilfsfondsgesetzes erhalten haben, sind nicht mehr von der Rentenleistung nach dem Opferfürsorgegesetz ausgeschlossen.
4. Alle Empfänger von Renten und Beihilfen erhalten

die alljährlich fälligen Sonderzahlungen (13. und 14. Rente) jeweils am 1. Mai und am 1. November. Die Umstellung der Rentenanzahlung ist eine Anpassung an die Auszahlungstermine der Kriegsofferrenten und war für die gemeinsame Bearbeitung und Anweisung von Opferfürsorge- und Kriegsofferrenten notwendig.

Wir bitten daher zu beachten, daß die 14. Rente nicht wie bisher mit der Oktoberrente angewiesen wird, sondern künftighin immer erst am 1. November.

5. Opfer, die für dieselbe Zeit Anspruch auf Entschädigung für eigene Haft und Entschädigung als Hinterbliebene haben, erhalten für beide Tatbestände die ihnen zustehende Haftentschädigung. Das sind 1290 Schilling pro Haftmonat.

Es sind in der Novelle nicht alle unsere Wünsche berücksichtigt worden, doch besteht die Zuversicht, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine Bereinigung der offenen Fragen vorgenommen werden kann. Wir begrüßen die Verbesserung in dieser Novelle und danken unserem Genossen Skritek, der sich unserer Sache in jeder Beziehung angenommen hat. Genosse Otto Skritek, selbst jahrelang im KZ Dachau inhaftiert, hat als einziger in der Debatte im Parlament das Wort ergriffen. Er bezeichnete es in seiner Rede als erfreulich, daß diesmal die Fragen der Opfer des Faschismus Vorrang haben, da die 21. Novelle zum OFG noch vor der Budgetdebatte dem Parlament zur Beschlußfassung vorliegt. Hier gebührt dem Sozialminister, Vizekanzler Häuser, unser Dank, denn er hat sehr schnell gehandelt, als die Opferverbände ihm ihre Forderungen überreichten, indem er sofort die Ausarbeitung einer Regierungsvorlage veranlaßte und diese bald danach dem Parlament zugeleitet werden konnte.

Gewiß, es gibt noch offene Probleme der Opfer, aber im Sozialausschuß hat Vizekanzler Häuser erklärt, daß die Probleme der Opfer im Rahmen des Möglichen einer Lösung zugeführt werden sollen.

Wir sind überzeugt, daß dieses Versprechen eingehalten wird und werden nicht versäumen, zeitgerecht in einer Vorsprache unsere Anliegen neuerlich vorzubringen.

In den weiteren Ausführungen hat Genosse Skritek auch darauf verwiesen, daß ihm beim „Leben im Ver-

Aus der Opferfürsorge

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1971

Opferrenten

Minderung der Erwerbsfähigkeit	Grundrente	Zulage § 11 Abs. 11 S
30 Prozent	91.—	—
40 Prozent	124.—	—
50 Prozent	322.—	766.—
60 Prozent	423.—	766.—
70 Prozent	662.—	766.—
80 Prozent	850.—	766.—
90/100 Prozent	1391.—	766.—

Alterszulage: S 58.—

Pflegezulagen

Stufe	Schwerstbeschädigtenzulage § 11 a Abs. 4 u. 5 S	
I	1112.—	lit. a 78.—
II	1669.—	lit. b 181.—
III	2226.—	lit. c 308.—
IV	2290.—	lit. d 463.—
V	3756.—	lit. e 644.—
V (erhöht)	5008.—	

Unterhaltsrenten

	Meßbeträge S	
Opfer	2187.—	2187.—
Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) zu sorgen haben	2573.—	2573.—
Hilflosenzulage	644.—	

Hinterbliebenenrente

	S
Witwen, Waisen, Elternteile	373.—
Doppelwaisen	500.—
Zuwendung für Doppelwaisen	500.—
Elternpaare	515.—

Unterhaltsrente

Witwen, Waisen, Eltern	1801.—
Witwen-, Waisenbeihilfe	1200.70
Hilflosenzuschuß	644.—

Meßbeträge

Witwen, Waisen, Eltern	1801.—
Witwenbeihilfe, Waisenbeihilfe	2049.70
(Bei Witwenbeihilfe kommt für jedes waisenberechtigte Kind ein Betrag von S 150.— dazu.)	

Sterbegeld

Volles Sterbegeld (Höchstausmaß)	3476.—
Anrechenbarer Höchstbeitrag	1391.—

borgenen“ immer Anne Frank einfällt. Mit dieser Erinnerung an das tragische Schicksal von Anne Frank hat Otto Skritek unseren Standpunkt, daß ein Leben im Verborgenen immer menschenunwürdig ist, sehr unterstützt.

Mit der Hoffnung, daß der Zeitpunkt einer Lösung unserer Fragen nicht in allzuweiter Ferne liegt.

Wie bekannt ist, hat das Finanzministerium eine Novelle zum Einkommensteuergesetz vorbereitet und zur Begutachtung ausgesendet. In dieser Novelle ist auch eine Erhöhung der Steuerfreibeträge für Inhaber einer Amtsbescheinigung beziehungsweise eines Opferausweises vorgesehen.

Nach dieser Novelle soll der Steuerfreibetrag von jährlich 4368 auf 6552 Schilling erhöht werden; beziehungsweise von täglich 14 auf 21 Schilling, von wöchentlich 84 auf 126 Schilling und von monatlich 364 auf 546 Schilling.

Die neuen Steuerfreibeträge treten aber erst in Kraft, bis das Parlament die Einkommensteuergesetz-Novelle beschlossen hat. Wir werden dann wieder darüber berichten.

Unsere Bundeshauptversammlung. Der Bundesvorstand hat in der Sitzung vom 6. November 1970 gemeinsam mit der Obmännerkonferenz beschlossen, den Termin der Bundeshauptversammlung nunmehr endgültig auf den 27. und 28. Februar 1971 zu verlegen. Die Bundeshauptversammlung wird im „Haus der Begegnung“, Wien 19, Gatterburggasse 2a, abgehalten; Zeit und Tagesordnung werden noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Am 3. November 1970 beging Genosse Karl Maisel seinen 80. Geburtstag. Zusammen mit den Genossen Hanusch und Proksch ist er einer der drei großen Arbeiterfunktionäre, die die vorbildliche österreichische Sozialgesetzgebung in vieljähriger Arbeit aufgebaut haben. Genosse Maisel, der in den Jahren zwischen 1934 bis 1945 die Gefängnisse des Austrofaschismus und die Konzentrationslager der Nazis zu wiederholten Malen als Häftling kennengelernt hatte, war bekanntlich 10 Jahre lang Bundesminister für soziale Verwaltung und hat in dieser Funktion auch immer für die Wünsche und Forderungen der Opfer der beiden Faschismen ein offenes Ohr gehabt.

Sein Lebenslauf ist typisch für den Arbeiterfunktionär seiner Generation. Genosse Maisel hatte das Handwerk eines Mechanikers und Maschinenschlossers erlernt und trat schon als junger Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft bei. In seinem Betrieb erwarb er sich bald das Vertrauen seiner Kollegen und wurde zum Betriebsratsobmann gewählt. Dann absolvierte er den 1. Jahrgang der damals eben gegründeten Arbeiterhochschule und arbeitete als Bildungsreferent im Metallarbeiterverband, wurde 1932 in den Wiener Gemeinderat gewählt und gehörte diesem bis zum Dollfuß-Putsch im Jahre 1934 als Mitglied an.

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei durch die Austrofaschisten aber zeigte sich erst so richtig die große moralische Kraft, die seine Arbeit beflügelte. Er arbeitete bei den illegalen freien Gewerkschaften mit und kämpfte mit den Revolutionären Sozialisten als einer der aktivsten Männer der tapferen illegalen sozialistischen Bewegung, geschnitten aus einem Holz, das heute schon sehr rar geworden ist. Er war daher den Austrofaschisten ein ganz gefährlicher Gegner und wurde im Anhaltelager Wöllersdorf lange Zeit festgehalten. Aber Maisel gab nicht auf; nach seiner Freilassung betätigte er sich sofort wieder für die ebenfalls verbotenen freien Gewerkschaften und wurde neuerlich verhaftet. Als die braune Pest über Öster-

Der 1. November 1970

Wien

So wie alljährlich hat unser Bund am 1. November 1970 den Schweigemarsch zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof veranstaltet, um einen Kranz niederzulegen. Es war ein imposanter Zug von vielen Genossinnen und Genossen aus den Bezirken, aber auch aus Niederösterreich, der sich vom 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofes zum Mahnmal bewegte. Die Spitze des Zuges bildete in diesem Jahr eine besonders große Delegation der Sozialistischen Jugend mit ihren Fahnen. Nach einem stillen Gedenken an den Gräbern unserer Bundespräsidenten bewegte sich der Zug schweigend zum Mahnmal weiter, wo durch unseren Bundesvorstand ein Kranz niedergelegt wurde.

An den Gräbern von Otto Bauer und Victor Adler fand die Kundgebung mit dem „Lied der Arbeit“ einen würdigen Abschluß. „Niemals vergessen!“

Die Partei gedenkt der großen Toten. Auch der Parteivorstand hatte beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Zentralfriedhof, bei der Präsidentengruft und am Grabe Victor Adlers Kränze niederlegen lassen.

Salzburg

Der Landesverband Salzburg hielt am Sonntag, dem 1. November 1970, um 9 Uhr eine Gedenkstunde beim Mahnmal auf dem Salzburger Kommunalfriedhof ab, die mit einer Kranzniederlegung verbunden war. Die Gedenkansprache hielt Landesrat Genosse Dr. Herbert Moritz.

Eine Musikgruppe des Eisenbahner-Musikvereines

Karl Maisel – 80. Geburtstag

reich hereinbrach, wurde der aufrechte Sozialist Maisel in das KZ Buchenwald gebracht.

Wie viele seiner Leidensgenossen, die das Glück hatten, den braunen Todesfabriken zu entrinnen, wurde auch Maisel durch diese harte Prüfung nicht gebrochen. Und kaum war Österreich von der Nazi Herrschaft wieder befreit, da war Genosse Maisel neuerlich zur Stelle. Im Dezember 1945 übernahm er aus den Händen des damaligen Staatssekretärs für soziale Verwaltung, des Genossen Johann Böhm, das Sozialministerium. In seine Funktionszeit fiel der Wiederaufbau der österreichischen Sozialgesetzgebung und die Erneuerung beziehungsweise Verbesserung zahlreicher Sozialgesetze. Die Krönung seiner Tätigkeit aber war die Schaffung des ASVG, durch welches Österreich ein Vorbild in der Sozialgesetzgebung wurde. Nach 40jährigem Ringen gelang es, auch den Arbeitern ein ordentliches Pensionsrecht zu erwirken.

Anlässlich seines 80. Geburtstages hat der verdiente Funktionär und immer aufrechte Demokrat Karl Maisel zahllose Glückwünsche aus nah und fern erhalten. Auch unser Bund hat dem ehemaligen Sozialminister ein in besonders herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben übermittelt. In diesem Schreiben heißt es unter anderem:

„Wir danken Dir für Deine Lebensarbeit im Dienste der sozialistischen Arbeiterbewegung, vor allem dafür, daß Du den Grundstein zu einem modernen Sozialversicherungsgesetz gelegt hast. Damit wurde der Traum von Generationen nach einem gesicherten Lebensabend erfüllt.“

Wir wollen hier nicht all die vielen Funktionen aufzählen, die Genosse Maisel in vorbildlicher Weise als Sozialist, Demokrat und unermüdlicher Arbeiter am Wohle der Gemeinschaft ausgefüllt hat: Sie sind bestens bekannt. Aber selbst heute noch ist unser Genosse Maisel im Dienste der kulturellen Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten tätig. Sein Wirken als Präsident des Vereines für Geschichte der Arbeiterbewegung legt dafür ein beredtes Zeugnis ab. „Freundschaft“, Genosse Maisel!

unter Kapellmeister Leopold Huemer hatte die Feierstunde würdig umrahmt.

Graz

So wie jedes Jahr fand am 1. November 1970 um 10 Uhr die schon traditionell gewordene Totengedenkfeier beim internationalen Mahnmal auf dem Grazer Zentralfriedhof statt.

Da, wie bekannt, die Stadtgemeinde Graz das Mahnmal in ihre Obhut genommen hat, lud Bürgermeister Genosse Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum zu dieser würdigen Gedenkfeier ein, bei der ein Kranz niedergelegt wurde. Mitglieder des Grazer Stadtorchesters sorgten für eine würdige Umrahmung der Feier. Genosse Scherbaum und der Vizepräsident Stojan Požar sprachen Worte des Gedenkens.

Eine Stunde vorher fand im Weiheraum (ehemaliger Hinrichtungsraum) des Landesgerichtlichen Gefangenenhauses eine Gedenkminute für die Opfer des Faschismus statt.



Demokratie kann nicht teilbar sein!*

Es muß endlich einmal deutlich ausgesprochen werden: Die Einseitigkeit — um nicht zu sagen Scheinheiligkeit — politischer Interpretationen, das kategorische Pathos der eigenen Unfehlbarkeit in Stellungnahmen zu Erscheinungsformen der Weltpolitik, hängt einem nachgerade schon zum Hals heraus.

Da gibt es schriftliche und mündliche Äußerungen einer Anzahl unserer Genossen — es sind fast immer dieselben — die einseitig, schönfärberisch und bagatellisierend zu Handlungen der einen Gruppe formuliert sind und ebenfalls einseitig, aber aggressiv und übertrieben zu Handlungen gleicher Art einer anderen Gruppe formuliert werden. Diese Praxis mündlicher und schriftlicher Dialektik zieht sich seit Jahren durch die Äußerungen leider auch prominenter Mitmenschen in Reden und Schriften und macht auch vor unserem Organ „Der sozialistische Kämpfer“ nicht halt. Die Ausgabe Nr. 5 — 6 ist jedoch nicht Anlaß zu diesem Artikel — wohl aber auslösendes Objekt. Aber zur Sache!

Aus oben angeführtem Heft erlaube ich mir aus dem Leitartikel „Kritisch denken — demokratisch handeln“ kurz zu zitieren und diese zitierten Sätze als Leitgedanken an den Anfang folgender Auslassungen zu stellen:

„In der Demokratie braucht es aber ausschließlich und erst recht den mündigen Menschen, der durch selbstständiges und verantwortungsbewußtes Denken autonom und mit kritischem Bewußtsein unter persönlicher Verantwortung befähigt ist, an dem gesellschaftlichen und politischen Geschehen mitzuwirken.“ Und weiter: „Die Sozialistische Partei hat diese Forderungen und Ziele... schon immer vertreten...“ Diese Sätze sollten jedem ins Stammbuch geschrieben werden, der sich in das Gewühl der Politik stürzt, insbesondere dann, wenn er selbst sich als Sozialist bezeichnet.

Auf gleicher gerechter, humanitärer Ebene steht die im gleichen Heft gedruckte Rede Rosa Jochmanns „Gegen Totalitarismus, Rassenhaß und Völkerhetze“ und dieser Titel allein schon könnte eine Programmatik sein! Aber wie schon eingangs angedeutet, eine Anzahl unserer Genossen scheint von den Begriffen

„Demokratisches Denken“ und einer „Programmatik gegen den Totalitarismus“ nicht sehr viel zu halten oder sie zumindest im Falle des Bedarfes geistig abstrahieren zu können.

Wenn ich in diesem Zusammenhang außer Rosa Jochmann noch einen anderen Mitarbeiter an unserer Zeitung namentlich anführe, so steht sein Name nicht nur für ihn selbst, sondern auch für viele andere: Ich meine Josef Hindels. Dabei bin ich absolut nicht gegen Hindels!

Ich protestiere mit ihm durchaus gegen die Intervention der USA in Vietnam. Ich protestierte aber auch schon vor Jahren gegen die bewaffnete Intervention des Vietcong. Ich protestierte damals schon gegen das Abschichten von Bürgermeistern und Dorfältesten, gegen das Niederbrennen von Hütten und Dörfern, gegen das Zertrümmern von Wahlurnen, nur um in diesem Land demokratische Wahlen zu verhindern! Wo, frage ich, protestierte Hindels damals?

Ich protestiere mit Hindels und seinen gleichgesinnten Genossen auch rückhaltlos gegen den Einmarsch amerikanischer Truppen in Kambodscha. Aber ich protestierte ebenfalls schon vor Jahren gegen den Einmarsch des Vietcong, der diesen unabhängigen Staat seit damals als Aufmarsch- und Durchmarschgebiet gegen Südvietnam benützt! Wo, frage ich, protestierte Hindels und die Seinen damals?

Ich bin bereit, mit Hindels gegen die Versorgung der Südvietnamesen mit Waffen durch die Amerikaner zu protestieren. Wird Hindels mit mir gegen die Versorgung der Nordvietnamesen mit Waffen durch die Chinesen und die Sowjets protestieren?

Ich werde mit Hindels protestieren gegen jedwede Aggression in Südostasien, ob gegen Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam oder Indien. Wird er auch mit mir demonstrieren, wenn unser Protest in die umgekehrte Richtung zielt? Gegen den Vietcong, gegen Pathet-Lao oder die Rotchinesen in Tibet?

Das Bekenntnis zur Demokratie kann doch keine Einbahn sein! Oder ist Demokratie am Ende kein integrierender Bestandteil des Sozialismus mehr?

Am 14. Mai dieses Jahres demonstrierten bekanntlich einige hundert Studenten vor der Wiener Universität gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Kambodscha und marschierten anschließend durch die Innenstadt. Es war vielleicht nur ein Zufall, daß Genosse Hindels mit einigen Herren, die dem Studentenalter längst entwachsen waren, neben dem Lautsprecherwagen stand. Vielleicht stand er nur zufällig dort und war neugieriger, neutraler Zuseher. Sollte er jedoch bewußt mitdemonstriert haben, so unterscheidet sich jedenfalls seine Demonstration von jener der Studenten ganz gewaltig: Die Studenten kommen in keine seelische Konfliktsituation. Denn die Wortführer der Studenten bekannten sich über Lautsprecher öffentlich als Kommunisten, die sich voll mit der Idee der Rotchinesen, des Pathet-Lao und des Vietcong identifizieren und mit ihnen in dem Bestreben übereinstimmen, den gesamten südostasiatischen Raum mit Waffengewalt zu erobern! Gegen diese klaren, aber harten Worte gibt es keinen Einwand. Hier wurde kein Hehl daraus gemacht, Kommunist zu sein, dem Totalitarismus zu huldigen, mit Gewalt die Revolution voranzutreiben und im übrigen auf die Demokratie zu pfeifen. Für diese Leute existiert eben nur die Einbahn der gnadenlosen, bewaffneten Revolution!

Was existiert für Hindels?

Was existiert für tausende andere unter uns Sozialisten? Wo beginnen die moralischen Toleranzgrenzen des Gewissens? Wo enden Sie?

Ich, schätze meinen Freund Bargil. Ich achte seine Freundschaft mit dem griechischen Volk und ich bewundere seinen persönlichen Einsatz im Kampf gegen die griechische Diktatur. Was ich von Bargil sage, darf ich wohl mit noch mehr Begeisterung vom Idol des griechischen Widerstandes, von Melina Mercouri,

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

* Vgl.: „Der Sozialistische Kämpfer“, Nr. 9/10, September/Oktober 1970, S. 10: „Der Leser hat das Wort“; „Mehr Diskussion!“

sagen. Vor kurzem besuchte sie Moskau und wurde im Kreml empfangen. Hat man von ihr gehört, daß sie sich nach dem Wohlbefinden der inhaftierten Wissenschaftler Medwedew, Sacharow, Turchin und anderen erkundigt hat? Hat man gehört, daß die Mercuri bei dieser Gelegenheit für die Freilassung wenigstens einiger sowjetischer Intellektueller intervenierte, die aus den gleichen Gründen verhaftet wurden, wegen derer ihr Freund Theodorakis in Griechenland hinter Gittern saß?

Ist also auch für die Mercuri die Demokratie eine Einbahn? Eine griechische?

Im eingangs erwähnten Heft Nr. 5—6 schreibt Bar-gil einen Artikel mit dem Titel „Wie lang ist der Weg in die Freiheit?“. Alle Gedanken sind durchaus zu akzeptieren, aber gilt denn die Frage im Titel nur für das griechische Volk? Oder nicht vielleicht auch für das tschechische? Oder eine Reihe anderer Völker?

Ja, sagt Genossen, was ist denn das für eine eigenwillig interpretierte Manipulation mit den Begriffen „Freiheit“, „Demokratie“ und „Diktatur“? Was ist denn das für zweierlei Maß, mit denen hier seit Jahren gemessen wird? Oder resigniert ihr schon im vorhinein mit euren Protesten und Demonstrationen, wenn es sich um Vorgänge handelt, bei denen der Kommunismus im Spiel ist? Oder resigniert ihr vielleicht nicht einmal mehr?

Ihr entrüstet euch lauthals über das Engagement der USA in Vietnam und Kambodscha. Wo, frage ich euch, bleibt eure Entrüstung über das Engagement der UdSSR in Ägypten? Irritieren euch dort die bereits 28.000 anwesenden sowjetischen Zivilisten, Techniker, Piloten, Raketenspezialisten und Soldaten nicht? Stören euch nicht die etwa drei Dutzend Raketenbasen, davon allein fünfzehn unmittelbar am Suezkanal, an der Westgrenze israelisch besetzten Gebietes? Ja, sagt einmal Genossen, was muß denn eigentlich noch alles passieren, damit ihr in dieser Zielrichtung aus der Lethargie gerissen werdet?

Wenn es so weitergeht, sehe ich jetzt schon eine makabre Vision: Tausende werden sich demonstrierend mit hunderten Transparenten, Sprechchöre rufend, über die Ringstraße wälzen und ihren grollenden Protest gegen die Amerikaner zum Ausdruck bringen, die es gewagt haben, den bedrängten Israeli zu Hilfe zu eilen. (Oder gerade in diesem Fall einige nicht? Also wieder zweierlei Maß?)

Wie schrieb doch einst Oscar Pollak über die Gesellschaftserneuerung? „Der Humanismus ist eine dem Konservatismus wie dem Kommunismus entgegengesetzte Weltanschauung; entgegengesetzt dem einen, weil er die Entwicklung bejaht, dem anderen, weil er menschlich ist, weil er in die Zukunft weist, ohne sie erzwingen, ohne sie diktieren zu wollen.“

Das Humanistische Manifest ist noch zu schreiben!“

*

Ein offenes Wort zum Fall Dr. Öllinger

Wir versuchen heute Dr. Öllinger für seine „Affäre“ verantwortlich zu machen, die seinerzeit sowohl im Inland als auch im Ausland beträchtliches Aufsehen erregte, und ihn wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP, der SS und der SA zu diskriminieren. Wir wollen ihm die Berufung zu dem hohen Amt als schuldhaft Verfehlung anlasten, ohne zu überlegen und zu bedenken, daß wir selbst es waren, die seinerzeit die „Ehemaligen“ weitestgehend pardonierte, ihnen Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt, sie vielfach wahllos in unsere Gemeinschaft aufgenommen

Der Österreichische Freiheitskampf 1934—1945

In der Vortragsreihe, die anlässlich der Gründung der Zweiten Republik von der Volkshochschule Brigittenau in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes veranstaltet wird, finden die weiteren Vorträge zu folgenden Themen statt:

1. Dezember: Sekt.-Rat Dr. Kurt Skalnik: Das österreichische Bürgertum und der Widerstand.

15. Dezember: Gend.-Oberst a. D. Dr. Ferdinand Käs: Der militärische Widerstand und die Befreiung.

Der Besuch der einzelnen Vorträge ist frei; sie sind für jedermann zugänglich, doch wird empfohlen, eine Freikurskarte zu lösen, da es sich um eine Stiftungsreihe der Arbeiterkammer Wien handelt. Die Vortragsreihe findet in der Volkshochschule Brigittenau, 20, Raffaelgasse 13 (Nähe Brigittaplatz), statt, Straßenbahnlinien 31, 131, 132, Autobuslinie 5.

Die Vorträge beginnen um 19 Uhr. Die Diskussionsleitung hat Prof. Herbert Steiner vom Dokumentationsarchiv übernommen.

Wir machen alle Genossinnen und Genossen auf diese Vorträge besonders aufmerksam.

und ihnen damit den Zugang zu den hohen und höchsten Positionen in der Partei und im öffentlichen Leben geöffnet und ermöglicht haben. Es muß einen daher schon etwas sonderbar berühren, wenn wir heute über den Fall Öllinger klagen und jammern, anstatt uns selbst bei der Nase zu nehmen.

Wenn wir die Nazis nicht haben wollten, so hätten wir uns ihrer seinerzeit viel leichter erwehrt als heute, wo sie fest in ihren Sätteln sitzen und in unserem Namen Politik machen! Die ehemaligen Faschisten sind plötzlich Demokraten geworden und beeinflussen auf ihre Weise — ich finde sehr geschickt — die Politik unserer Partei. Wir aber müssen zusehen, wie unsere Ideale langsam in die Binsen gehen, wie unser Gedanken- und Ideengut, unsere Prinzipien allmählich eingestampft werden, wie wir immer mehr und mehr verbürgerlichen und uns immer weiter von unserem Ziele entfernen. Das ist es, was mir als altem Sozialisten und Marxisten ernste Sorgen bereitet. Der Fall Öllinger mag für uns eine Warnung und Mahnung sein, aber entscheidend ist er in diesem Zusammenhang nicht. Als Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus müssen wir in das Getriebe der Politik stärker eingreifen, müssen vor allem junge Menschen für die Grundsätze und Ideale des demokratischen Sozialismus mobilisieren und mit Nachdruck versuchen, bürgerliche Allüren und Auffassungen, die sich in unserer Bewegung immer mehr und mehr breit-machen, zurückzudrängen. Mir ist es lieber, ein paar Mandate weniger — wenn es schon sein muß —, dafür aber eine sozialistisch geschulte und kampftentschlossene Arbeiterschaft, wie wir sie aus der Zeit der Ersten Republik kennen.

Ich möchte nicht übersehen wollen, daß sich seither manches in den Kampfmethoden geändert hat — aber unser Ziel ist das gleiche geblieben und das heißt nach wie vor: Die Überwindung der kapitalistischen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

„Freundschaft!“

F. S. (Kühnsdorf)

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wünscht allen Widerstandskämpfern ein glückliches neues Jahr und dankt für die bisher geleistete Hilfe

Hofrat Dr. Max Neugebauer, Präsident

Prof. Herbert Steiner, Sekretär

Die Vizepräsidenten: Gendarmerie-Oberst Dr. F. Käs, Domvikar Prof. J. Pinzenöhler, Sektionsrat Dr. Kurt Skalnik

Ständige Ausstellung im Alten Rathaus: Wien 1, Wipplingerstraße 8

Gedenkstätte für die Opfer: Wien 1, Saltzorgasse 6

Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

Döbling

Rudolf Mayer †. Wieder hat der Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen: Am 3. Oktober 1970 starb im Alter von 72 Jahren unser Genosse Rudolf Mayer. Ein aufrechter Sozialist und Kämpfer ist damit von uns gegangen.

In jungen Jahren schon fand er den Weg zur Sozialdemokratie. Der erste Weltkrieg machte einen fanatischen Streiter für die Sache der Arbeiterklasse aus ihm, und 1920 schloß er sich der damaligen Ordner-Organisation an und war auch gleichzeitig Mitglied seiner Gewerkschaft. Trotz seiner aufopfernden Tätigkeit auf dem gewerkschaftlichen Sektor leistete er auch wertvolle Arbeit in seiner Parteisektion Döbling. Er war bei den Kinderfreunden und noch anderen Organisationen tätig. 1923 schloß sich unser Freund dem Republikanischen Schutzbund an und wurde Bezirkskassaführer des Schutzbundes.

Als 1934 die damaligen Machthaber die Republik zerstörten, kam auch Mayer herbeigeilt, um Partei und Demokratie zu verteidigen. Er entging der damaligen Verhaftungswelle und konnte so den Schutzbundkassaführer vor dem Zugriff der Dollfuß-Polizei bewahren; viele Teilnehmer am Februarkampf konnte er dadurch vor der Verhaftung schützen.

Nach dem Februarkampf arbeitete Genosse Mayer in der illegalen RS und in der BO weiter. Als nach dem Krieg die Sozialistische Partei wieder aufgebaut wurde, stellte sich Mayer sofort wieder seiner Sektion und den anderen Organisationen zur Verfügung. Für seine jahrzehntelange Mitarbeit in der Sozialistischen Partei erhielt unser Freund die höchste Auszeichnung, die die Partei zu vergeben hat, die Victor-Adler-Plakette.

Der geschäftsführende Obmann der Bezirksorganisation, Genosse Walter Hofstätter, hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundnen Nachruf: Er betonte, wenn auch alles, was an unserem Freund vergänglich ist, der Erde übergeben werde, sein Geist und seine Opferbereitschaft für die Idee des Sozialismus werden weiterleben.

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer werden immer unserer Toten gedenken, die sich für ein freies demokratisches Österreich eingesetzt haben. Mögen sie aber auch ein Vorbild für die junge Generation sein, ein lebendes Symbol aus der Zeit von 1934 bis 1945. Wir werden unseren Genossen Rudolf Mayer „niemals vergessen“!

Aus unseren Fachgruppen: Polizei

Die Wiener Polizei ehrt ihre Toten! In der Polizeidirektion Wien fand am 30. Oktober 1970 vor der Gedenktafel für die während des Hitlerregimes hingerichteten Beamten der Wiener Polizei eine würdige Gedenkfeier statt, bei der eine Abordnung der Fachgruppe sozialistischer Freiheitskämpfer unter Führung der Genossen Fritz Eibich und Johann Haas einen Kranz niederlegte. An der Feier nahmen Polizeipräsident Halaubek, Regierungsrat Geiger, Vertreter der drei Gewerkschaften, der sozialistischen Fraktion und eine Abordnung Wiener Polizeibeamter teil. Sie ehrten in stillem Gedenken die Toten. „Niemand vergessen!“

Aus den Landesorganisationen Oberösterreich

Landeshauptversammlung. Unsere diesjährige Landeshauptversammlung findet am Samstag, dem 12. Dezember 1970, um 14 Uhr im Dametz-Saal des Hotels „Schiff“ statt.

Totengedenktag. Die sozialistischen Freiheitskämpfer in Oberösterreich haben am 1. November 1970 mit einigen Delegationen an den zahlreichen Gedenkkundgebungen bei den Mahnmälen und Gedenkstätten für die Opfer des grün-weißen und braunen Faschismus teilgenommen.

*

Vöcklabruck. Jahresversammlung. Am Samstag, dem 24. Oktober 1970, hielt die Bezirksorganisation Vöcklabruck unseres Bundes im Volksheim Attnang-Puchheim die Bezirkshauptversammlung ab.

Bezirksobmann Genosse Brummer konnte vom Landesvorstand die Genossen Meissner und Hirsch begrüßen. Nach der Begrüßung und dem Totengedenken gab Genosse Brummer die Tagesordnung bekannt, welche einstimmig angenommen wurde. Sie lautete:

1. Eröffnung, Begrüßung, Totengedenken;
2. Wahl der Bezirksvertretung und Kurzbericht des Bezirksobmannes;
3. Referate des Landesobmannes und des Schriftführers;
4. Allfälliges.

Zu Punkt 2 berichtete Genosse Brummer über die bisher stets gute Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand und die gemeinsamen Aktionen und dankte abschließend für die aktive Mitarbeit und die gute Zusammenarbeit der einzelnen Mitarbeiter und der lokalen Parteifunktionäre.

Anschließend wurde per Akklamation Genosse Brummer als Bezirksvertreter und Delegierter einstimmig wiedergewählt.

Zu Punkt 3 erteilte nun Genosse Brummer dem Landesobmann Genossen Meissner das Wort. Er überbrachte die Grüße des Landesvorstandes und dankte den Delegierten für ihre treue Mitwirkung bei unserer Arbeit. Dann erteilte Genosse Brummer dem Genossen Hirsch das Wort zu seinem

Referat. Genosse Hirsch wies in seinem kurzen Referat darauf hin, daß sich sowohl der Bundesvorstand als auch der Landesvorstand in den vergangenen Jahren stets sehr bemüht haben, das Opferfürsorgegesetz von Härten zu befreien, was bis auf einige Punkte durch 20 Novellen auch weitgehend geschehen ist. Wie aus der Lektüre unseres „Kämpfer“ Nr. 5/6, 7/8 und 11/12 aus dem Jahre 1969 sowie der Nr. 3/4 aus diesem Jahre (1970) hervorgeht, hat sich unsere parlamentarische Vertretung wohl sehr bemüht, für die Opfer des Faschismus eine gerechte und ausgleichende Wiedergutmachung zu schaffen. „Ich höre es daher gar nicht gerne, wenn in unseren Reihen von einer „Nur-Juden-Wiedergutmachung“ die Rede ist; denn dadurch strömt einem geradezu der penetrante Geruch neonazistischer Hetze förmlich in die sehr empfindliche Nase“, meinte Genosse Hirsch zur Haltung einzelner unserer Funktionäre und Parteimitglieder. „Von solchem liederlichem Denkstau opportunistischer Art dürfen wir uns nicht infizieren lassen. Wir können vielleicht wohl einer Meinung mit unserem Parteivorsitzenden Genossen Dr. Kreisky sein, daß wir nicht unbedingt und für alle Zeiten „Vergangenheitsröntgenologie“ betreiben sollen, aber wir müssen sehr deutlich und entschieden jener Geisteshaltung und allen Bestrebungen von zu uns in die Partei gestoßenen ehemaligen Nationalsozialisten wehren, welche einer Infektion der Parteipublizistik mit altgermanischem Geistesgut und Pathos gleichzuhalten ist. Wir wollen eine einige, moderne und demokratische Partei des 20. Jahrhunderts sein, in der es kein Gegen- oder Nebeneinander, sondern nur ein Für- und Miteinander geben darf. Wir helfen weiterbauen an einer österreichischen Sozialdemokratie, die als Fundament für ein modernes, demokratisches Österreich dienen soll. Mit dem Gedenken an die Opfer unserer Genossinnen und Genossen von 1934 bis 1945 und dem Vorausblick auf das Jahr 2000 und der Verwirklichung unseres Parteiprogramms. Dies wollen wir bei allen unseren Aktionen bedenken.“

Genosse Brummer dankte den beiden Referenten für ihre Ausführungen und leitete, da keine Wortmeldung zu den Referaten erfolgte, zum Punkt 4 über. Jetzt stellen einige Delegierte Anfragen. Diese Anfragen wurden vom Landesobmann Genossen Meissner und Genossen Hirsch sachlich beantwortet. Beide Genossen wiesen besonders darauf hin, daß die gesetzlichen Möglichkeiten viel zu wenig ausgeschöpft werden.

Nachdem keine weitere Wortmeldung vorlag, schloß Genosse Brummer die Hauptversammlung mit „Freundschaft!“

Salzburg

Badgastein. Die Ziegler-Mutter ist nicht mehr. Am 5. Oktober 1970 wurde Anna Ziegler aus Badgastein im Friedhof Böckstein verabschiedet: Sie war 83 Jahre alt, als sie starb. Mit ihr schied eine mutige Vorkämpferin für die Rechte der arbeitenden Menschen, im besonderen für die Rechte der Frauen, aus dem Leben. Seit 1911 Parteimitglied, war sie Trägerin des goldenen Parteiabzeichens, und für ihre Pionierarbeit und ihr unermüdliches Eintreten wurde ihr die Victor-Adler-Plakette verliehen. Im Jahre 1918 zählte Anna Ziegler zu den ersten Frauen, die auf Grund des gleichen Wahlrechtes in die Gemeindestube einzogen. Bis zum Verbot der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1934 übte sie diese Funktion mit Erfolg aus. Bis zu diesem Zeitpunkt war sie auch Mitglied der Landes- und Parteivertretung und Vorsitzende der sozialistischen Frauen im Bezirk Pongau sowie Mitglied des Landesfrauenkomitees.

Im Jahre 1934 wurde Genossin Ziegler zusammen mit einer Reihe von Genossen ins Landesgericht Salzburg eingeliefert und blieb dort sechs Monate in Haft. Auch in der illegalen Bewegung blieb sie der Idee treu. 1945 wurde sie abermals in die Gemeinde entsendet und sie erwarb sich dort durch ihre Hilfsbereitschaft den wahrhaft großen Titel „Ziegler-Mutter“; bei ihrem Ausscheiden aus der Gemeinde wurde ihr der Titel „Ehrenfürsorgerätin“ verliehen. Sie gehörte zu den bekanntesten und markantesten Persönlichkeiten des Gasteiner Tales.

Genossin Emhart hielt auf dem Friedhof namens der sozialistischen Frauen und der sozialistischen Freiheitskämpfer einen tiefempfundnen Nachruf. In der Geschichte der Salzburger Arbeiterbewegung ist Genossin Anna Ziegler für alle Zeiten verankert. „Niemand vergessen!“

Steiermark

Graz. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung vom 17. September 1970 beschlossen, die Genossen Ludwig Pirkhofer und Franz Stern zum Bürger zu ernennen und ihre Namen in die Grazer Bürgerrolle einzutragen. In einer Festsitzung im Grazer Rathaus wurden am 29. Oktober 1970 die Urkunden feierlich überreicht.

Es ist in der Geschichte der Stadt Graz zum erstenmal, daß zwei Genossen auf Grund ihrer politischen Vergangenheit und ihrer politischen Tätigkeit für ein freies demokratisches Österreich so geehrt wurden.

Wir hoffen, daß das Lebenswerk dieser beiden Genossen ein Vorbild für unsere Jugend ist und sie nie vergessen soll, was für Opfer gebracht werden mußten, um Frieden und Freiheit wiederzugewinnen. Dies wäre wohl der schönste Dank für die beiden Genossen, denen diese Ehrung zuteil wurde; wir freuen uns mit ihnen darüber. Freundschaft!

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Josef Hindels, Rudolfne Muhr, Josef Hafner, Rudolf Trimmel.

Buchbestellschein*

Die Vergangenheit bewältigen — die Zukunft sichern

Ich bestelle die folgenden Publikationen zum Vorzugspreis für Mitglieder:

Expl.

Expl.

Alexander Charim	
Die toten Gemeinden	
52 Seiten	S 12.—
Karl Frick	
Umdenken hinter Stacheldraht —	
Österreicher in der UdSSR	S 14.—
64 Seiten	
Ernst Joseph Görlich	
Die Österreichische Nation und	
der Widerstand	S 12.—
48 Seiten	
Theodor Heinisch	
Österreichs Arbeiter für die Un-	
abhängigkeit 1934—1945	S 12.—
40 Seiten	
Christine Klusacek	
Die österreichische Freiheitsbe-	
wegung — Die Gruppe Roman	
Karl Scholz	S 18.—
76 Seiten	
Österreichs Wissenschaftler und	
Künstler unter dem NS-Regime	S 14.—
56 Seiten	
Hermann Langbein	
Auschwitz und die junge Ge-	
neration	S 14.—
56 Seiten	
Ella Lingers	
Eine Frau im KZ	S 12.—
44 Seiten	
Hilde Mareiner	
Zeitspiegel — Eine österrei-	
chische Stimme gegen Hitler	S 18.—
43 Seiten	
M. Grossberg	
Österreichs literarische Emigra-	
tion in den Vereinigten Staaten	S 26.—
1938	
Tilly Spiegel	
Widerstand in Frankreich	S 20.—
Frauen und Mädchen im österrei-	
chischen Widerstand	S 17.—
76 Seiten	
Josef Hindels	
NPD — Ein Alarmzeichen	S 6.—
Jonny Moser	
Die Judenverfolgung in Öster-	
reich	S 12.—
52 Seiten	
Max Muchitsch	
Die Partisanengruppe Leoben-	
Donawitz	S 17.—
67 Seiten	
Felix Romanik	
Österreichs wirtschaftliche Aus-	
beutung 1938—1945	S 10.—
32 Seiten	

Herbert Rosenkranz	
Reichskristallnacht	
Der 9. Nov. 1938 in Österreich	S 18.—
60 Seiten	
Paul Schärf	
Otto Haas — Ein revolutionärer	
Sozialist gegen das Dritte Reich	S 12.—
40 Seiten	
Friedrich Scheu	
Die Emigrationspresse der So-	
zialisten 1938—1945	S 17.—
44 Seiten	
Selma Steinmetz	
Österreichs Zigeuner im NS-	
Staat	S 17.—
64 Seiten	
Walter Wachs	
Kampfgruppe Steiermark	S 17.—
64 Seiten	
Die Erhebung der österreichi-	
chen Nationalsozialisten im	
Juli 1934	S 80.—
304 Seiten	
Heinz Fischer	
Einer im Vordergrund: Taras	
Borodajkewycz	S 80.—
312 Seiten	
Herbert Steiner	
Gestorben für Österreich —	
Widerstand gegen Hitler / Eine	
Dokumentation	S 95.—
244 Seiten	
Zum Tode verurteilt	S 90.—
208 Seiten	
Unsere Ehre heißt Treue	S 95.—
254 Seiten	
Warnung an Österreich	S 78.—
204 Seiten	
Werner Wenhart	
Befehlsnotstand anders gesehen	S 48.—
112 Seiten	
Friedrich Vogl	
Österreichs Eisenbahner im	
Widerstand	S 100.—
304 Seiten	
Franz Danimann	
Die Arbeitsämter unter dem Fa-	
schismus	S 18.—
56 Seiten	
Schallplatte: Zum Tode verurteilt	
30-cm-Langspielplatte	
Es lesen u.a.: Ernst Meister, Wal-	
ther Reyer, Fritz Lehmann, Helmi	
Mareich, Traute Wassler, Erika	
Pluhar	S 100.—

* Diese Bestellung in einen Briefumschlag geben und per Drucksache an uns senden. Bitte nicht vergessen, die eigene Adresse anzugeben.

Hr.
Grohs Richard
Schlosshoferstr. 29/1/9
1210 Wien

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1050

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Wenn
alle Stricke
reißen...

**WIENER
STÄDTISCHE
VERSICHERUNG**

Jederzeit Sicherheit

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgrasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgrasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgrasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgrasse 62 Jeden 1. Mo. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgrasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

1. Postgrasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hauptstraße 42 Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
- Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle Jeden 1. Fr.
16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permyerstraße 2 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden 1. u. 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 16 bis 19 Uhr
- Steyr, Dambergrasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.
8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
- Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötendorferstraße 4

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer 12. Jänner 1971